



Informationsblatt der
Deutschen Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen
Gruppe Mainz-Wiesbaden in Zusammenarbeit mit DFG-VK Hessen

Gegen alle Kriege



Ende März 2022: Während wir dieses Friedlicht gestalten, dauert der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine schon fast zwei Monate an. Wir wissen nicht, wie lange dieser Massensoldat weitergeht und wie die Situation sein wird, wenn wir ab Mitte April das Friedlicht verteilen werden. Möglicherweise wird dieser Krieg zum atomaren Weltkrieg eskalieren.

Dieser brutale Angriffskrieg von Russland lässt sich durch nichts rechtfertigen. Sollten die russischen Truppen das Land verlassen: Wir werden unsere klammheimliche Freude kaum verhehlen.

Dennoch wundern wir uns heute über vieles:

- Frauen und Kinder dürfen die Ukraine verlassen. Aber Russland und die Ukraine zwingen Männer zum Kampf – zum Töten oder Getötet-Werden. Kein Staat steht für uns über Individuen. Jeder hat das Recht, sich nicht zu beteiligen: Russen, Belarussen und Ukrainer. Wir unterstützen Menschen, die sich dem Kriegsdienst entziehen.
 - Wie schnell wurde vergessen, dass militärische „Lösungen“ immer problematisch sind? Im letzten Jahr zogen sich ausländische Truppen aus Afghanistan zurück, die Taliban übernahmen sehr schnell wieder die Macht.
- Jetzt wird wieder genüsslich auf dem Pazifismus herumgehackt, der angeblich gescheitert sei. Dazu hätte man aber Pazifismus erst einmal ausprobieren müssen. Gescheitert ist die Politik von Eskalation und Aufrüstung der letzten 30 Jahre.
 - Warum wird der Bezug von Energie aus Russland nicht sofort eingestellt? Warum ist die Abhängigkeit von russischer Energie nicht schon vor Jahrzehnten beendet worden? Wir denken hier an die Annexion der Krim und den Georgienkrieg. Wir finanzieren diesen Krieg mit. Zusätzlich erhält die Bundeswehr 100 Milliarden: 1 250 € pro Bewohner. Das Geld wird uns fehlen für Klimaschutz und Energieunabhängigkeit.
 - Dieser Krieg führt dazu, dass die Menschen in der Ukraine leiden werden. Es wird dauern, bis das Land wieder aufgebaut sein wird. Auch wenn sich die Ukrainer energisch, aber nicht kriegerisch gegen die russische Invasion wehren, können sie Erfolg haben. Es würde sehr wahrscheinlich weniger Menschen das Leben kosten. Wir rufen nicht zur sozialen Verteidigung oder zum gewaltsamen Widerstand auf. Dazu sollte niemand aufrufen, der oder die es selbst nicht wagt.
 - Die Entwicklungen der neuen Waffensysteme bedeuten, dass die möglichen Reaktionszeiten für Menschen zu kurz sind. Also wird - wenn dieser Weg weiter beschritten wird – die Entscheidung über Gegenschläge in die Verantwortung von Computern gelegt. Die Vernichtung großer Teile der Weltbevölkerung könnte dann durch Softwarebugs oder die Fehleinschätzung einer KI entschieden werden. Wollen wir das wirklich?

Vielleicht sind manche dieser Gedanken schon obsolet, wenn Du dieses Friedlicht in den Händen hältst.

Viel Spaß und gute Erkenntnisse bei der Lektüre des Friedlicht.

Die Redaktion

Der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine Hintergründe und Überlegungen

Während der drastischen Verschlechterung der westlich-russischen Beziehungen der letzten Jahrzehnte besonders seit der Annexion der Krim hatten wir gewarnt, dass dies zu einem Weltkrieg führen könnte. Wir dachten an eine Kettenreaktion wie sie in den Ersten Weltkrieg mündete. Auch damals hatte man sich an häufige Krisen gewöhnt, aber auch darauf vertraut, dass immer in letzter Minute doch noch eine diplomatische Lösung gefunden würde. Seit 2014

warnten wir, dass ein Zwischenfall oder eine Provokation ungewollt zu einem großen Krieg führen könnte.

Aber dass der größte Staat Europas den zweitgrößten Staat so offen und brutal überfällt mit dem erklärten Ziel, ihn zu erobern und als Staat auszulöschen, haben weder wir noch andere erwartet.

Da wir Krieg, Militarismus, Imperialismus, Nationalismus und Menschenrechtsverletzun-

gen überall ablehnen, müssen wir auch die Politik westlicher Staaten und der Ukraine kritisieren. **Doch nichts was seitens des Westens oder der Ukraine geschehen ist, rechtfertigt den ungeheuerlichen Angriffskrieg von Russland und Belarus auch nur im Geringssten.**

Wie bei den Kundgebungen nach Kriegsbeginn fordern wir als ersten Schritt: **Stoppt den Krieg! Sofortiger Waffenstillstand und Frie-**

den Verhandlungen! Beide Seiten müssen sich jetzt für einen Kompromiss öffnen, der schriftlich zu fixieren ist. Russische Truppen raus aus der Ukraine!

Verweigerung von Krieg und Kriegsdienst

Unsere Solidarität gehört den mutigen Menschen, die in Russland und Belarus gegen den Krieg protestieren, obwohl ihnen 15 Jahre Haft drohen, denjenigen, die sich in allen beteiligten Ländern dem Krieg durch Kriegsdienstverweigerung, Desertion und Flucht verweigern und denjenigen, die sich in der Ukraine gewaltfrei den Invasoren entgegenstellen.

Ukrainische Männer von 18 bis 60 Jahren sind in einer verzweifelten Lage. Ihnen droht einerseits die Ermordung durchs russische Militär, andererseits verweigert ihnen der ukrainische Staat die lebensrettende Flucht und zwingt sie zum Militär und in Todesgefahr. An Grenzübergängen, Kontrollpunkten, in Hotels und in Zügen müssen sie mit Zwangsrekrutierung rechnen.

Verweigerungen werden aus allen beteiligten Ländern gemeldet. In Belarus behindern Desertionen und Widerstand im Militär offenbar sogar den Vormarsch in die Ukraine. Das Lukaschenko-Regime fürchtet, dass sich seine Soldaten den belarussischen Freiwilligen auf ukrainischer Seite anschließen, die gegen die Lukaschenko-Diktatur kämpfen. Es wird gemeldet, dass Männer von 18 bis 58 Jahren ihre Pässe und Mobiltelefone bei der Armee abgeben sollen, um ihre Flucht zu erschweren.

Wir fordern offene Grenzen für alle Flüchtwilligen, auch für Männer und für an den EU-Grenzen diskriminierte dunkelhäutige Menschen.

In Deutschland ist laut Wehrpflichtgesetz die Zwangsrekrutierung nur ausgesetzt, nicht abgeschafft. Jetzt wird noch lauter als zuvor die Reaktivierung des Kriegsdienstzwangs gefordert, ebenso neue Zwangsdienste, die auch weibliche Jugendliche treffen sollen.

Krieg ist ein Verbrechen, jeder Zwangsdienst ist eine Menschenrechtsverletzung. Deshalb sagen wir aus friedenspolitischen und aus menschenrechtlichen Erwägungen: **Nein zu allen Kriegs- und Zwangsdiensten überall, in Russland, der Ukraine, Belarus und auch in Deutschland.**

Sorge um Ruslan Kozaba

Besonders besorgt sind wir um den uns bekannten ukrainischen Pazifisten Ruslan Kozaba. Seine Frau und er haben bei Veranstaltung in Mainz gesprochen. Er wird seit 2015 vom ukrainischen Staat verfolgt, weil er in einem Video den Krieg in der Ostukraine verurteilte und zur Kriegsdienstverweigerung aufrief. Er wurde deshalb wegen „Landesverrats“ und „Behinderung der Tätigkeit der Streitkräfte“ zu dreieinhalb Jahren Gefängnis verurteilt.

Nach 16 Monaten Haft und einer internationalen Solidaritätskampagne wurde er freigesprochen und freigelassen. Doch der Freispruch wurde aufgehoben und die juristische Verfolgung begann wieder. Die sechs Prozesstermine 2021 begleiteten wir mit Protestaktionen vor ukrainischen Vertretungen in Berlin, Mainz und anderswo. Seitdem Ruslan im Juni 2021 zum zweiten Mal von ukrainischen Ultranationalisten, darunter ein bekanntes Mitglied der faschistischen Organisation Rechter Sektor, gleichzeitig Polizist, überfallen und verletzt wurde, hält er sich versteckt. Sein Leben ist doppelt bedroht: vom russischen Militär und von ukrainischen Faschisten. Kurz vor Redaktionsschluss erreichte uns ein Lebenszeichen von ihm.

Russische imperiale Ideologie und ukrainische Nationswerdung

Wie schon bei der Annexion der Krim beschwört Putin heute die historische Einheit und Wiedervereinigung der „dreieinigen russischen Nation“ von Russland, Weißrussland und der Ukraine, auch in seinem Essay von 2021 *Zur historischen Einheit von Russen und Ukrainern*. Erfunden hat das Putin nicht. Auch der im Westen einst höchst angesehene sowjetische Dissident Solschenizyn vertrat diesen klassischen großrussischen Nationalismus und Imperialismus, der einst vom Großfürstentum Moskau ausging. Zwei Jahrhunderte nach dem Zerfall des mittelalterlichen Großreichs der Rus mit Hauptstadt Kyjiw (russisch: Kiew) begann Zar Iwan III. im 15. Jahrhundert, mit der „Sammlung russischer Erde“ möglichst viele russische und nicht-russische Gebiete unter moskowitische Herrschaft zu bringen. Seit der Annexion der Krim lässt sich auch Putin als „Sammler russischer Erde“ feiern. In seinen Reden vom 21. und 24. Februar 2022 zur Anerkennung der Volksrepubliken Lugansk und Donezk sowie zum Kriegsbeginn verneinte Putin energisch die Existenz einer ukrainischen Nation. Die Ukraine sei eine Schöpfung der Bolschewiki unter Lenin. Dabei wird ignoriert, dass die Ukraine und Belarus sich lange anders entwickelt hatten, bevor sie nach und nach unter die Herrschaft des rund um Moskau neu entstandenen russischen Staats kamen. Die moderne ukrainische Nationalbewegung entstand im 19. Jahrhundert, sowohl im habsburgischen Galizien als auch im russischen Teil der Ukraine. 1917 wurde die Ukrainische Volksrepublik ausgerufen. Um diesem Nationalgefühl entgegenzukommen, gründeten die Bolschewiki die Ukrainische Sozialistische Sowjetrepublik. Ostgalizien im Westen der Ukraine wurde sogar erst 1939 infolge des Hitler-Stalin-Pakts erstmals von Moskau aus regiert.

Auch die Gegenseite bedient sich der Geschichte: Die Außenminister Polens, Litauens und der Ukraine beriefen sich in einer Erklärung aufs gemeinsame historische Erbe des

Staates Polen-Litauen, um die „europäische Identität von Weißrussen, Litauern, Polen und Ukrainern“ zu betonen, die nun wie früher gemeinsam in der NATO gegen das „despotische Russland“ kämpfen sollen.

Doch Nationen existieren nicht einfach so und ergeben sich nicht notwendig aus der Geschichte. Nationen sind politische Konstrukte. Entscheidend ist nicht die selektive Interpretation historischer Fakten, sondern nationalistische Indoktrination und der aktuelle Wille der Betroffenen. 1991 stimmten in der Ukraine 90% der Bevölkerung für die Unabhängigkeit. Noch war der lange staatenlose ukrainische Nationalismus im Aufbau und noch im Jahr 2014 zeigte sich die Ukraine als zerrissenes Land. Im Westen dominierte der ukrainische Nationalismus, im Osten und Süden in den eher russischsprachigen Gebieten fühlte man sich eher der „russischen Welt“ verbunden, was auch in Wahlergebnissen deutlich wurde. Im Streit zwischen Majdan-Bewegung und Anti-Majdan-Bewegung kam es zu blutigen Auseinandersetzungen in Kyjiw und Odessa und zum Bürgerkrieg im Osten. Ohne die mehrheitlich russisch orientierte Bevölkerung auf der Krim und in den ostukrainischen separatistischen Republiken wuchs die Identifikation mit der Ukraine, jüngst personifiziert durch den aus einer russischsprachigen Familie aus dem Osten stammenden Präsidenten Selenskyj.

Putin halluziniert vom Genozid an der russischsprachigen Bevölkerung der Ukraine. Am ehesten betreibt er ihn selbst, indem vor allem diese Bevölkerung nun Opfer des von russischen Truppen begangenen Massenmords wird - ideal, um einen russlandablehnenden ukrainischen Nationalismus auch im russischsprachigen Osten der Ukraine zu verankern.

Das nationalistische Brudervolkgefasel Putins verdeutlicht wieder die alte Einsicht: „Freunde kann man sich aussuchen, Brüder nicht.“

Ukrainischer Faschismus

Besonders bizarr ist, dass Putin die Entnazifizierung der Ukraine als Kriegsziel nennt, die von Drogenabhängigen und Neonazis regiert werde. Richtig ist, dass es in der Ukraine starke faschistische Gruppen gibt, von denen, wie erwähnt, der Pazifist Ruslan Kozaba überfallen wurde, so dass er sich seitdem verstecken muss. In der Majdan-Bewegung waren ultranationalistische und faschistische Kräfte, darunter die Partei *Swoboda* und der *Rechte Sektor*, der in der Tradition der faschistischen *Organisation Ukrainischer Nationalisten* (OUN) der 1930er und 1940er Jahre steht, stark vertreten. Der Faschistenführer Stepan Bandera, in jener Zeit verantwortlich für Massenmorde an polnischer und jüdischer Bevölkerung, wird heute vor allem in der West-Ukraine als Nationalheld verehrt. Nach ihm sind Straßen und Plätze benannt, ihm sind Denkmäler gewidmet. Melnyk,

der medial präsente ukrainische Botschafter in Deutschland, ehrte 2015 Bandera an seinem Grab in München.

Bandera, zunächst gewaltsam gegen den polnischen Staat kämpfend, und seine Fraktion der OUN (OUN-B), arbeiteten mit Nazi-Deutschland bis 1941 zusammen. Als Nazi-Deutschland 1941 die Sowjetunion überfiel, proklamierte die OUN-B nach acht Tagen einen unabhängigen ukrainischen Staat und organisierte ein antijüdisches Progrom in Lwiw. Wenige Tage später wurde Bandera verhaftet und kam in ein KZ, allerdings als Ehrenhäftling für etwaige spätere Verwendung. Die ukrainischen Faschisten hätten gern einen mit Nazi-Deutschland verbündeten faschistischen Satellitenstaat errichtet wie in der Slowakei und in Kroatien. Doch die Nazis wollten nicht, dass sogenannte „Untermenschen“, egal ob russisch oder ukrainisch, einen Staat im deutschen Kolonialgebiet errichteten. Ukrainische Faschisten kämpften, wenn sie nicht gerade die polnische und jüdische Zivilbevölkerung abschlachteten, teils eigenständig als Partisanen gegen Nazis, polnische Partisanen und Rote Armee, teils in ukrainischen Einheiten von Wehrmacht und SS.

Paradox ist, dass Bandera die Kollaboration mit den Nazis besonders eifrig von Leuten vorgeworfen wird, die gleichzeitig Stalin als antifaschistischen Kämpfer verehren. Infolge des Hitler-Stalin-Pakts eroberte und annektierte die Sowjetunion Ostpolen, die baltischen Staaten und Teile Rumäniens und lieferte deutsche und österreichische Kommunisten an die Gestapo aus. Die Wehrmacht konnte Westeuropa erobern ohne eine störende Ostfront im Rücken. Die UdSSR lieferte für die Nazi-Kriegsmaschinerie Rohstoffe und Nahrungsmittel. Müsste also nicht auch Stalin ebenso wie Bandera von 1939 bis 1941 als Nazi-Kollaborateur gelten?

Eine Besonderheit des ukrainischen Faschismus sind 2014 entstandene faschistische Milizen, die an die ostukrainische Front gingen. Berühmt ist das *Regiment Asow*, gegründet als militärischer Arm der *Sozial-Nationalen Versammlung*, zu dem auch ausländische Nazis gehören. Das *Regiment Asow* wurde in die ukrainische Nationalgarde eingegliedert. Andrij Bilezkyj, Führer des *Regiments Asow*, verkündete, einen „Kreuzzug für die weiße Rasse“ zu führen, und zwar gegen die "von Semiten geführten Untermenschen".

Bereits 2014 urteilte Roman Danylyuk in seinem Buch *Kiew Unabhängigkeitsplatz*: „Abgelehnt werden die sogenannten ‚europäischen Werte‘, das heißt für die ukrainischen NationalistInnen vor allem die Ablehnung von Liberalität sowie von Rechten für Homosexuelle und Minderheiten. Es ist dabei schon eine bittere Ironie der Geschichte, dass die antirussischen ukrainischen NationalistInnen für Vorstellungen von einem Staat kämpfen, der in Russland

durch die Putin-Regierung bereits weitgehend Realität geworden ist.“ Er konstatierte damals schon „eine starke Wesensverwandtschaft der ukrainischen Ultrarechten mit Putin, ihrem angeblich ärgsten Feind.“

Faschisten waren 2014 in Parlament und Regierung der Ukraine stark vertreten, heute nicht mehr. Sie sind zahlreich, gut organisiert und eine Gefahr für Andersdenkende. Wenn der russischen Propaganda nichts Besseres mehr einfällt, wird auf die ukrainischen Faschisten verwiesen, um vom verbrecherischen russischen Angriffskrieg abzulenken.



Ukrainische Pazifistische Bewegung

Russischer Faschismus

Besonders lächerlich ist es, wenn ausgerechnet Putin die Ukraine des Neonazismus bezichtigt. Denn wer steht auf der anderen Seite der Front in der Ost-Ukraine, gegen wen kämpfen die ukrainischen weißen Rassekrieger? Zum Beispiel gegen Bleichgesichter von der *Russischen Nationalen Einheit*, die unter einer Flagge mit Hakenkreuz kämpfen, und zwar "um den Glauben, für die Russen, ... gegen die satanischen Pläne der USA“, und „gegen die jüdische Weltverschwörung.“ Dazu kommen diverse andere faschistische und ultranationalistische Milizen wie die *Russische Orthodoxe Armee*, das *Sparta-Bataillon* und die *Russische Imperialbewegung* sowie Kosaken. Der Antisemitismus blüht dort. 2015 erzählte mir ein ostukrainischer promussischer Teilnehmer der sogenannten Montagsmahnwache für den Frieden in Frankfurt hasserfüllt, dass die bekanntesten politischen Führungspersonen der Ukraine jüdischer Abstammung seien, lange vor Selenskyjs Präsidentschaft. Keine Spinnerei nur eines Einzelnen, sondern im Internet tausendfach zu finden.

Die deutsche und europäische extreme Rechte ist gespalten: Der III. Weg hielt es bisher mit den ukrainischen Kameraden, die NPD entschied sich trotz ihrer Kontakte zur ukrainischen *Swoboda* für Putins Russland. Zur Beobachtung des sogenannten Referendums 2014 auf der Krim kamen neben Abgeordneten der deutschen Linkspartei europäische Rechtspopulisten. Rechte Parteien aus Europa, darunter NPD, Goldene Morgenröte und Forza Nuova, trafen sich 2015 mit Wohlwollen der russischen Re-

gierung in St. Petersburg. Putins Russland ist Zentrum der interkontinentalen Vernetzung von Rechten aller Art geworden. In EU-kritischen rechten Parteien wie AfD, FPÖ, Lega und Rassemblement National und bei Trump-Fans ist Putin beliebt. Er ist weltweit Identifikationsfigur für die Bewegungen gegen Corona-Maßnahmen und Impfen, für weißen Rassismus und christlichen Nationalismus.

Putin bekennt sich zum russischen Imperialismus und Nationalismus, hat sich eng mit der Russisch-Orthodoxen Kirche verbündet und orientiert sich an faschistischen Ideologen. Er bezieht sich auf den faschistischen Ideologen der 20er und 30er Jahre Iljin und lässt dessen Schriften verbreiten. In Putins Umfeld bewegt sich Aleksandr Dugin, der Vordenker der Ideologie des Eurasismus, die ein eurasisches Großreich unter russischer Führung propagiert. Dugin beteiligte sich an der Gründung der ostukrainischen Republiken und propagiert die territoriale Expansion Russlands. Eurasien ist nicht nur geopolitisch gedacht, sondern auch ideologisch: ein kollektivistisches, völkisches, religiöses, sozial reaktionäres kontinentales Landreich gegen Liberalismus, Aufklärung, individuelle Freiheiten, Menschenrechte und die vermeintliche moralische Dekadenz der westlichen Seemächte. In Abweichung vom traditionell christlichen russischen Nationalismus sollen auch muslimische Völker das eurasische Reich mittragen.

Lange galt Russland als illiberale Demokratie. Nun ist zu prüfen, ob es eine genuin faschistische Diktatur geworden ist.

Ost-West-Eskalation

Seit Ende der 1990er Jahre hat sich das zeitweilig gute westlich-russische Verhältnis zunehmend verschlechtert. Immer wieder genannt wird die Ost-Erweiterung der NATO. Meilensteine sind der Kosovo-Krieg und der Irak-Krieg, beides westliche völkerrechtswidrige Angriffskriege. Der Irak-Krieg wurde dreist mit der Lüge von irakischen Massenvernichtungswaffen begründet. Im Libyen-Krieg betrieben westliche Staaten über das UN-Mandat hinauschießend den Sturz des Regimes. Das NATO-Mitglied Türkei besetzte ungestraft völkerrechtswidrig Gebiete im Norden Syriens.

Die NATO oder westlich geführte Koalitionen der Willigen setzten sich übers Verbot des Angriffskriegs hinweg. Sie entwickelten völkerrechts nihilistisch die Konzepte der Schutzverantwortung und der Selbstermächtigung, um am Völkerrecht und am Sicherheitsrat der UN vorbei militärisch zu intervenieren.

Die wichtigen Rüstungskontrollverträge über Raketenabwehr (ABM), Mittelstreckenraketen (INF) und Konventionelle Streitkräfte in Europa wurden westlicherseits gekündigt oder nicht weitergeführt. In Polen und Rumänien wurden US-amerikanische Raketen stationiert.

Russland war geschwächt und hatte Imperium und Weltmachttrolle verloren, während der Westen triumphierte, russische Einwände zur Seite wischte und sich wenig bemühte, Russland als Partner einzubinden. Putin nannte das Ende der Sowjetunion „die größte geopolitische Katastrophe.“ Die ständige Demütigung durch den Westen ist zentrales Thema seiner Verlautbarungen.

Russische Kriegspolitik

Dem Angriff auf die Ukraine gingen andere russische Kriege voraus: die beiden Tschetschenienkriege, der Krieg in Georgien 2008 mit Besetzung von Abchasien und Süd-Ossetien; 2014 die Annexion der Krim und der russisch unterstützte Dauerkrieg in der Ostukraine; die Intervention in Syrien zur Rettung des Assad-Regimes; die russische Unterstützung für Haftar in Libyen sowie russische Söldner in der Zentralafrikanischen Republik und in Mali. Im aserbaidschanisch-armenischen Krieg von 2020 musste sich Russland die Rolle der Ordnungsmacht mit der Türkei teilen.

Der groß angelegte Angriff auf die Ukraine ist eine Abkehr von der vorherigen begrenzten, halbwegs berechenbaren, sich ergebende Gelegenheiten ausnutzenden Kriegspolitik. Eine Kontinuität ist die Grausamkeit der Kriegführung gegen Städte: Grosnyj und Ost-Aleppo wurden vernichtet wie jetzt Mariupol.

NATO-Osterweiterung

Der ersten NATO-Osterweiterung, der Einbeziehung der ehemaligen DDR bei der Vereinigung Deutschlands, stimmte die Sowjetunion vertraglich zu. Auch die zweite Osterweiterung wurde 1997 in der NATO-Russland-Akte geregelt und mit Begrenzung von NATO-Militär im Osten verbunden. Russland hatte zwar vertraglich zugestimmt, dass alle Staaten der OSZE frei seien in ihrer Bündniswahl, sah aber das Vorrücken der NATO Richtung Osten zunehmend mit Unbehagen.

Möglicherweise viel entscheidender als die Aufnahme neuer Mitglieder dürfte der Wandel der NATO von einem Verteidigungsbündnis zu einem weltweit agierenden Interventionsbündnis gewesen sein. Als die ersten ostmitteleuropäischen Staaten Mitglieder der NATO wurden, startete die NATO gleichzeitig den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Jugoslawien. Was wäre geschehen, wenn die NATO ein Verteidigungsbündnis ohne Ambitionen außerhalb des Bündnisgebiets geblieben wäre und wenn die OSZE zur maßgeblichen Sicherheitsorganisation in Europa geworden wäre?

Den NATO-Beitritt kulturell westlich orientierter Länder nahm Russland noch hin. Doch der zuvor kooperationsbereit auftretende Putin machte 2007 bei der Münchner Sicherheitskonferenz verärgert deutlich, dass die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine und Georgiens für Russland zu weit ging. Der Warnschuss Geor-

gien-Krieg von 2008 wurde nicht ernst genommen. Deutschland und Frankreich blockierten damals zwar für den Moment die Aufnahme, aber sie wurde weiterhin betrieben. NATO und EU einerseits und Russland andererseits bemühten sich darum, die Ukraine in ihre Einflussphäre zu holen. Spätestens 2014 hätte klar werden müssen, wie explosiv das Thema NATO-Beitritt der Ukraine ist. Unmittelbar vor dem russischen Angriffskrieg 2022 forderte Putin eine verbindliche Zusage, dass die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen würde. Die NATO verweigerte dies, weil es auf absehbare Zeit nicht vorgesehen sei, und beharrte aber prinzipienreiterisch darauf, dass die Tür zur NATO offen stünde. Die ukrainische Regierung hielt stur an ihrem Drang zur NATO-Mitgliedschaft fest, der sogar Verfassungsrang bekommen hatte.

Was hätte es die NATO gekostet, vertraglich zuzusagen, dass die Ukraine nicht in die NATO aufgenommen werden würde, z.B. für die nächsten 15 Jahre? Hätte dann Russland nach Erfüllung seiner einzig konkreten und leicht erfüllbaren Forderung trotzdem noch angegriffen? Man hätte es versuchen müssen. Zehntausende Menschenleben hätten gerettet werden können, Millionen wären nicht auf der Flucht.

Sicherheitsinteressen oder imperiale Interessen?

Wo hören legitime Sicherheitsinteressen auf und wo fangen imperiale Interessen an?

Hat ein Staat ein Recht auf eine Einflusszone? Darf ein Staat einem anderen verwehren, einem Bündnis beizutreten? Völkerrechtlich und pazifistisch gesehen ist klar: Niemand hat ein Recht auf eine Einflusszone.

Doch es ist gefährlich, Machtverhältnisse zu ignorieren. Das müssten gerade die USA wissen. Mit der Monroe-Doktrin von 1823 beanspruchten sie, auf dem riesigen amerikanischen Kontinent über andere zu bestimmen. Damals störte die USA die von Alaska ausgehende russische Expansion an der nordamerikanischen Westküste. Es folgten häufige US-Militärinterventionen. Dass Cuba sich der US-Kontrolle entziehen konnte und die US-Marinebasis Guantanamo Bay plötzlich in Feindesland zu liegen kam, empfinden die USA bis heute als schmerzlich und demütigend. Gemäß der globalen US-Geostrategie sollen die Küstenregionen Eurasiens nicht in die Hand feindlicher Mächte fallen. Wer selbst geopolitisch denkt und imperial agiert, müsste doch ein guter Putin-Versteher sein und nachempfinden können, dass Putin nicht möchte, dass die russische Marinebasis Sewastopol plötzlich in NATO-Gebiet gerät.

Unattraktive „russische Welt“

Bei den Klagen Putins und seiner deutschen Gefolgschaft über die Expansion der NATO ist zu bedenken, dass osteuropäische Staaten aus

Angst vor Russland den Schutz der NATO suchen, so wie es jetzt auch Schweden und Finnland überlegen.

Hier sollte man sich im Putin-Lager fragen, warum das so ist. Liegt es etwa an der Erfahrung mit russischer und sowjetischer Fremdherrschaft? An den sowjetischen Angriffen auf Polen, Finnland und die baltischen Staaten 1939/40? An Massendeportationen in Straflager? An den aufgezwungenen Diktaturen und der Niederschlagung von Demokratiebestrebungen durch sowjetische Panzer? Dass Russland seit 2008 Georgien und die Ukraine bekriegt hat? An Russlands Tendenz zur Despotie? Das britische Empire wurde ins Commonwealth transformiert, in eine „Family of Nations“ mit heute 54 Mitgliedern. Doch alle postsowjetischen Länder, die es sich politisch leisten können, streben nach Distanz von Russland.

Hätte ein Verzicht auf die NATO-Osterweiterung Russlands Rückkehr zum aggressiven Imperialismus verhindert? Haben sich NATO-Politik und russischer Nationalismus und Imperialismus gegenseitig hochgeschaukelt? Oder wären in Russland die faschistischen, undemokratischen, nationalistischen und imperialistischen Kräfte auch so wieder erstarkt?

Ausweg?

Kein Friedensvertrag wird die Ermordeten ins Leben zurückbringen und das angerichtete entsetzliche Leid wiedergutmachen.

Dass nun endlich die Neutralität der Ukraine anvisiert wird, gibt Hoffnung. Die Ukrainische Pazifistische Bewegung fordert dies schon lange. Man hätte die Neutralität beibehalten können, ganz ohne russischen Druck, einfach weil sie in dieser geopolitischen Situation vernünftig war und ist. Neutralität half schon oft, Spannungen zu vermindern.

Leider wird hartnäckig verbreitet, die einstige Neutralität hätte der Ukraine nichts gebracht, weil sie die Annexion der Krim nicht verhindert habe. Richtig ist, dass 2014 nach der Flucht von Präsident Janukowytsch eine radikal-nationalistische Übergangsregierung die Macht übernahm, die in die NATO strebte. Erst in diesem Moment wurde die Krim annektiert.

Für die Krim und die umstrittenen Gebiete in der Ostukraine hätte man von Anfang an eine gewaltfreie einvernehmliche Lösung finden müssen, am besten ein freies von OSZE oder UN überwachtetes Referendum über Autonomie oder Sezession mit großzügigen Regelungen für weiterhin offene Grenzen mit Niederlassungsfreiheit und Doppelstaatlichkeit, um Nachteile für die betroffenen Menschen möglichst gering zu halten.

Leider messen nationalistische Kräfte gern mit zweierlei Maß: Sie nehmen für sich das Recht auf Sezession in Anspruch, halten danach die neuen Grenzen für unantastbar und verweigern ihrerseits anderen das Recht auf Selbstbe-

stimmung. Doch warum sollen sich Gebiete wie die Ukraine oder Georgien von der Sowjetunion und de facto von ihrem Nachfolgestaat Russland abtrennen dürfen, während es einzelnen Gebietsteilen verwehrt wird, mit Russland verbunden zu bleiben? Schließlich waren die innersowjetischen Grenzen nicht als Nationalstaatsgrenzen gedacht und sollten gewaltfrei und einvernehmlich in Frage gestellt werden dürfen. Auch westliche Staaten haben schon dem Selbstbestimmungsrecht den Vorrang vor der territorialen Integrität eingeräumt. Als die Komoren unabhängig wurden, votierte die Bevölkerung der Insel Mayotte für den Verbleib bei Frankreich. Mayotte konnte französisch bleiben, obwohl die UN die Verletzung der ter-

ritorialen Integrität der Komoren beanstandeten. Großbritannien ließ Schottland gelassen über seine Unabhängigkeit abstimmen. Die Slowakei trennte sich gewaltfrei und einvernehmlich von Tschechien. Warum nicht so?

Die Neutralität der Ukraine muss mit Entmilitarisierung verbunden werden:

- Beiderseitiger Truppenabzug aus den Grenzregionen zwischen der Ukraine einerseits und Russland und Belarus andererseits;
- Verbot des Kriegsdienstzwangs in der Ukraine und in den Aggressorstaaten Russland und Belarus;
- Die gegenwärtige Konfrontationspolitik muss beendet werden, um Frieden und

Überleben in Europa zu bewahren. Eine funktionierende Sicherheitsordnung muss hergestellt werden.

Westliche Aufrüstung ist keine Lösung

Schon jetzt ist der Rüstungshaushalt der NATO-Staaten 17-fach höher als der Russlands, was den russischen Angriffskrieg nicht verhindert hat. Auch noch höhere Rüstungsausgaben und die Fortsetzung der gescheiterten Politik der Aufrüstung und Konfrontation werden nichts verbessern. Das Geld wird benötigt für einen gerechten Sozialstaat, Bildung, Gesundheit und die Anpassung an den Klimawandel.

Gernot Lennert

Militärstandort Wiesbaden

Wiesbaden ist seit 2011 Standort des Headquarters der US-Army für Europa und seit kurzem auch für Afrika. Seit 2013 ist bekannt, dass in Wiesbaden ein Hauptstandort des US-amerikanischen Geheimdienstes NSA ist. Dort sind das Consolidated Intelligence Center (Vereinigtes Nachrichtendienstliches Zentrum) und das Information Processing Center (Zentrum für Informationsverarbeitung) angesiedelt. Dieses war lange Zeit in Mainz-Kastel ansässig, ist aber mittlerweile nach Wiesbaden-Erbenheim umgezogen (für die Ortsunkundigen: ja, Mainz-Kastel ist ein Stadtteil von Wiesbaden).

Von der Öffentlichkeit weitgehend unbeachtet reaktivierte die US-Army das 56. Artilleriekommando im Herbst 2021 in Mainz-Kastel. Das Kommando war bis 1991 das Pershing-Headquarters in Europa. Nach der Unterzeichnung des Vertrages über die Abrüstung neuer Mittelstreckenraketen wurde dieses Kommando außer Kraft gesetzt. Die Kommandoeinheit entscheidet aber nun wieder über den Einsatz von Mittelstreckenraketen.

Die Second Multidomain Taskforce wurde ebenfalls im Herbst 2021 eingerichtet und hat ihren Sitz in Wiesbaden-Erbenheim. Es handelt sich um eine Unterstützungseinheit der US- und multinationalen Landstreitkräfte für strategische Planung – was immer das auch bedeutet. Die Verantwortlichen der US-Army sind nicht auskunftsbefugt – selbst nicht gegenüber dem Oberbürgermeister der Stadt Wiesbaden.

Die Planungen dieser beiden Zentralen in Wiesbaden gehen noch zurück auf die Trump-Ära in den USA.

500 Soldaten würden zusätzlich nach Wiesbaden verlegt, wurde in einer Pressemitteilung Ende 2021 verkündet. Erwartbar ist der Informationsfluss sehr bruchstückhaft.

In Erbenheim mussten bereits Flächen der Domäne Mechtildshausen dem Militär weichen. Dies traf einen landwirtschaftlichen Betrieb, der von der Wiesbadener Jugendwerkstatt geführt wird. An verschiedenen Standorten der

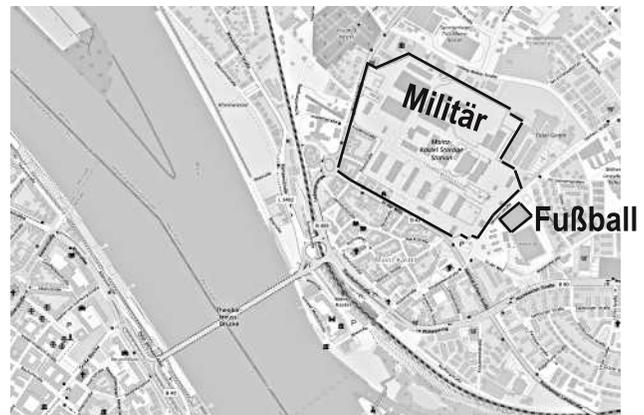
Domäne werden heute 500 Jugendliche in unterschiedlichen Berufen ausgebildet. Bislang verlor die Domäne 21 Hektar an Fläche. Diese Fläche wurden zwar durch Aufkauf bei anderen Landwirten kompensiert, ist aber letztlich als landwirtschaftlich genutzte Fläche weggefallen. Diese Landnahme fällt in die Entscheidungskompetenz der Bundesregierung und kann von Wiesbadener Kommunen nicht beeinflusst werden.

Die USA entwickelt neue Hyperschallraketen, die auch atomar bestückt werden können. Russland behauptet, Mittelstreckenraketen diesen Typs bereits zu besitzen und in der Ukraine zum Einsatz gebracht zu haben. Eine neue Eigenschaft dieser Raketen ist, dass sie mit mehr als 6 000 km/h fliegen. Das ist mehr als die fünffache Schallgeschwindigkeit. Sie bleiben trotzdem noch lenkbar und sind so nahezu nicht mehr abzuwehren.

Diese Mittelstreckenraketen sollen in Europa stationiert werden und die Kommandoeinheit dieser Raketen wäre in Wiesbaden. Die Flugzeit dieser Raketen von Deutschland bis Moskau betrüge lediglich 21 Minuten.

Der Stadtverordnete, Ortsvorsteher von Mainz-Kastel und *Mayor for Peace* Hartmut Bohrer, beobachtet die Entwicklung schon seit langem kritisch und sieht das als eine Rückkehr des Kalten Krieges.

Das US-Militär versprach eine Rückgabe der ca. 25 Hektar in Mainz-Kastel als eine Art Ausgleich für die zusätzlich beanspruchten Flächen in Erbenheim. Dieses Versprechen wurde mittlerweile aber auch zurückgenommen. Die Fläche befindet sich mitten in dem Ort Mainz-Kastel. Durch unsachgemäß gelagerte Chemikalien, die teilweise ins Grundwasser gelangten



Ganz schön viele Fußballfelder groß: Das US-Militärgelände mitten in Mainz-Kastel (Kartenquelle: Openstreetmap)

und immer noch gelangen, ist diese Fläche verseucht. Eine Sanierung dieser Flächen wäre also dringend angeraten. Zudem muss Mainz-Kastel wegen dringend für Neubauten benötigter Flächen in Außenbezirke (zum Teil Naturschutzgebiete) ausweichen.

Eine Abschreckung durch diesen neuen Waffentyp der Ultraschallraketen lässt sich kaum aufrechterhalten, da die Reaktionszeit so gering ist, dass in einem angenommenen Ernstfall keine Zeit zum Überlegen bleibt. Ein möglicher Zweitschlag kann also letztlich nur noch computergesteuert erfolgen und entzieht sich der Entscheidung durch Menschen. Programmfehler könnten so einen Weltkrieg auslösen.

Unabhängig von dem konkreten Stationierungsort der neuen Raketen würde Wiesbaden durch die dort ansässigen wichtigen militärischen Einrichtungen auf jeden Fall zum Ziel russischer Raketen.

Angeichts der weltpolitischen Lage sind diese Ideen und Überlegungen hochgefährlich. Es wäre wesentlich logischer, Geld und Ressourcen in eine Abkoppelung der Abhängigkeit von russischen Energielieferungen zu stecken, mit denen wir täglich – für unsere Bequemlichkeit – den Krieg in der Ukraine mitfinanzieren.

Harald Gewehr

... und Afghanistan? War da nicht was?

38 Millionen Menschen leben in diesem Land, das fast doppelt so groß wie Deutschland ist. Drei Viertel der Frauen und die Hälfte der Männer können nicht lesen und schreiben.

Ein bisschen Geschichte

Nach dem Einmarsch der Sowjetunion 1979 besiegten die von den Vereinigten Staaten, Pakistan und Saudi-Arabien finanzierten Mudschahidin die von der Sowjetunion gestützte Regierung. "Mudschahidin" ist ein Sammelbegriff für muslimische Widerstandskämpfer unterschiedlichster Glaubensrichtungen. Dieser Krieg forderte eine Million Todesopfer, fünf Millionen Menschen flüchteten. Beide Seiten gingen mit äußerster Brutalität vor. Im Kampf gegen die Regierung und die Sowjets waren sie sich einig. Als die Sowjets 1989 das Land verließen, mündete dies in einen Bürgerkrieg.

Nach dem Ende des Kalten Krieges wurde die finanzielle Unterstützung von Mudschahidin-Gruppen zurückgefahren. Es kam zu einem militärischen Patt zwischen den Mudschahidin und der kommunistischen Zentralregierung. Als Russland die Zentralregierung nicht mehr unterstützte, zerfiel der Staat in viele kleine Machtbereiche.

Taliban

Buchreligionen ist es eigen, dass sich immer wieder Gruppierungen bilden, die sich „text-treu“ modernen Interpretationen des Geschriebenen verschließen. Radikalität fühlt sich für viele Gläubige echter und richtiger an als Versuche, die oft harten Worte in einem gemäßigeren Sinn zu interpretieren und zu entschärfen.

Die Taliban wurden von ehemaligen Mudschahidin gegründet und rekrutierten erfolgreich in pakistanischen Religionsschulen. "Talib" bedeutet Schüler. So bestanden die Taliban ursprünglich aus männlichen Jugendlichen und jungen Männern, die mit ihren erlebten Kriegs- und Fluchttraumata empfänglich waren für radikale Denkweisen. Sie hatten erlebt, dass das Spiel der fremden Mächte in Afghanistan Tod und Elend bewirkt hatte – Kriegskinder. Ausländische Einflussnahme galt es zu bekämpfen. Die Taliban legen den Koran sehr wörtlich aus, was zur menschenverachtenden Härte ihrer Scharia führt.

Wie ging es weiter?

So kamen schließlich die Taliban in verschiedenen Provinzen an die Macht und errichteten 1996 das Islamische Emirat Afghanistan. Hier setzten sie ihre Interpretation des Islam durch. Die Menschen durften keine Musik hören, Fotos von Menschen und Tieren waren verboten, Frauen durften die Häuser kaum verlassen, hatten keinen Zugang zu Bildung. In weiteren Kämpfen radikalisierten sich die Taliban und gingen immer massiver gegen Nichtmuslime vor. Unterstützt wurden die Taliban von al-Qai-

da – einer Terrorgruppe, die weltweit terroristische Anschläge verübte.

Anschläge vom 11. September 2001

Nach diesen Terroranschlägen wurde von der NATO erstmalig der Bündnisfall in Kraft gesetzt, nach dem ein Angriff auf ein Land als Angriff gegen jeden Bündnispartner gesehen wird. Ein Kriegsziel in Afghanistan war die Zerschlagung der al-Qaida und die Festnahme ihres Führers Osama bin Laden, der als Initiator der Anschläge angesehen wurde. Die herrschenden Taliban verweigerten dessen Auslieferung. Die Verfolgung bin Ladens dauerte schließlich bis Mitte 2011. Er wurde bei einer US-Militäraktion in Pakistan erschossen.

Weiteres Kriegsziel war von Anfang an ein Sturz der Taliban-Regierung. Der Auftrag der dafür aufgebauten International Security Assistance Force (ISAF) war ein friedens erzwingender Einsatz. Dies gelang vordergründig.

Allerdings sah sich die neue afghanische Regierung mehr und mehr gegnerischen Angriffen ausgesetzt, was wiederholt zur Aufstockung der ISAF führte. Bis zu 130 000 ausländische Soldaten waren in Afghanistan im Einsatz. Auch Deutschland spielte in Afghanistan eine unrühmliche Rolle. 2013 wurde die Sicherheitsverantwortung aber an die afghanische Regierung übergeben, obwohl ihr Machtbereich zu jeder Zeit sehr beschränkt war und teilweise kaum über Kabul – die Hauptstadt – hinausreichte. Dies lag unter anderem daran, dass die ausländischen Militärs auch mit lokalen Warlords zusammenarbeiteten, wenn es für ihre Zwecke opportun schien.

2011 begann der schrittweise Rückzug der ausländischen Truppen. Es erwies sich, dass teilweise auch aus dem afghanischen Militär heraus gegen die ausländischen Truppen gekämpft wurde. Die Kriegsallianzen wurden undurchsichtiger. Taliban kämpften mit Regierungskräften gegen den sich mittlerweile auch in Afghanistan ausbreitenden Islamischen Staat. Friedensabkommen wurden unterschrieben und gebrochen. Die Wirtschaft des Landes war fast vollständig zerstört. Einer der wenigen funktionierenden Wirtschaftszweige war letztlich der Opiumanbau.

Abzug der NATO-Truppen

2021 wurden die ausländischen Truppen bis Mitte August des Jahres abgezogen. Während

des Abzuges übernahmen die Taliban bis September fast das gesamte Land.

Die Radikalität und Schnelligkeit, mit der die Taliban die Macht wieder übernommen haben, hat dann doch viele überrascht. Es schien, als hätten die Taliban nur darauf gewartet, dass die mögliche Gegenwehr verschwände. Kollaborateure mit ausländischen Gruppen werden ebenfalls als Feinde angesehen und nach den Taliban-Scharia-Regeln bestraft, was die Todesstrafe oder Tötung im Kampf selbstverständlich mit einschließt.

... und Drogen?

Nachdem im Jahr 2000 der Opiumanbau durch die Taliban verboten wurde und fast auf Null sank, stieg die Produktion in den Folgejahren kontinuierlich an, erreichte 2004 einen erneuten Höchststand und stieg dann weiter an. 2006 wurde fast die Hälfte des Handels mit Opium bestritten. 2007 überstieg die Produktion gar um ein Drittel den Verbrauch auf der ganzen Welt. Dabei ist der Drogenanbau für die Anbauer um das Zehnfache so lukrativ wie der Anbau von Weizen. Ebenfalls nimmt Afghanistan beim Cannabisanbau eine führende Stellung ein und produziert Crystal Meth.

Die Versuche, durch Feldzerstörungen den Drogenanbau einzudämmen, scheiterten im großen Stil. Zum einen hinterließen sie Landwirte, deren Lebensgrundlage zerstört war, zum anderen sorgte diese Verknappung für bessere Geschäfte der anderen.

Der Opiumanbau macht ca. 10 Prozent der afghanischen Wirtschaftsleistung aus. Die machthabenden Taliban haben trotz Lippenbekenntnissen momentan anscheinend kein Interesse, diesen einzudämmen, sondern wollen eher weiter an Opium verdienen.

... Nation Building gescheitert – und nun?

Die Geschichte von Afghanistan kennt viele Verlierer. Im Laufe der Zeit wurde Afghanistan zu einer Brutstätte des islamischen Fundamentalismus. Der Einmarsch in Afghanistan und der Versuch, gewaltsam demokratische Strukturen zu etablieren, ist krachend gescheitert. Beharrliche Entwicklungsarbeit ohne Militär hätte hier wohl wesentlich mehr bewirken können. Die Welt ist unsicherer geworden – wie wir heute erleben.

Harald Gewehr

Bertha-von-Suttner-Friedenspreis für die Jugend - Wettbewerb zum Thema „Die Waffen nieder!“

In ihrem Weltbestseller „Die Waffen nieder!“ hat die Friedensaktivistin Bertha von Suttner bereits 1889 die Schrecken des Krieges und das Leid der Opfer beschrieben. Mit der Verleihung des Bertha-von-Suttner-Friedenspreises für die Jugend sind junge Menschen dazu aufgefordert, sich mit dieser Thematik auseinanderzusetzen. Gruppen von hessischen Schüler:innen können Arbeiten zum Thema einreichen. Dies können Kunstwerke aller Art sein, Bilder, Plakate, Collagen, Videos, Audiodateien, Unterrichtseinheiten, Projekte, Gedichte, Lieder, Musikvideos, Aktionen und Kampagnen. **Einsendungen bis zum 9. Mai 2022 an:** GEW Hessen, Tony Schwarz, Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt am Main

Verleihung des Bertha-von-Suttner-Preises an die glücklichen Gewinner:innen: Donnerstag, 9. Juni 2022, 17 Uhr, Frankfurt, Haus am Dom, www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/bvs-friedenspreis

Buchempfehlung: Verfolgung, Flucht und Solidarität

Ilhami Akter, Kriegsdienstverweigerer aus der Türkei und Aktiver der DFG-VK in Hamburg, hat seine wechselhafte Lebensgeschichte in einem Buch niedergeschrieben. (Red.)



Ein autobiographischer Bericht von Ilhami Akter. LAIKA-Verlag, Hamburg 2021.

Aus dem Türkischen übersetzt von Heike Neumann. 17€

Ilhami Akter wurde 1972 in einem Dorf im östlichen Taurus-Gebirge, also im Osten der Tür-

kei geboren, als jüngster Sohn einer kurdischen Familie. Schon als Kind erlebte er die brutale Unterdrückung der Kurden. Auf Beschluss der Familie floh er mit 17 Jahren nach Deutschland. Nach der Ablehnung seines Asylantrags lebte er zwei Jahre als illegaler Flüchtling in Deutschland. 1995 wurde sein zweiter Asylantrag positiv beschieden. 2009 erlangte er die deutsche Staatsbürgerschaft. Er lebt in Hamburg und arbeitet dort als selbstständiger Taxiunternehmer.

Der Bericht des Buches setzt ein mit dem 15. August 2018 (Verhaftung von Akter beim Besuch der Mutter in seinem Geburtsort) und endet im März 2019 mit der Rückkehr nach Hamburg. Für diese sieben bis acht Monate braucht Akter 280 Seiten – nicht für eine entwickelte Handlung (Akteur erzählt geradlinig). Aber geschickt blendet er immer wieder Erinnerungen aus seinem ganzen Leben ein. Die verhältnismäßig kurze Zeit im Gefängnis beschreibt Akter auf 142 Seiten – und es wird niemals langweilig. Das liegt an den Gesprächen mit den Mitgefangenen, den Rückblenden und Erinnerungen.

Verfolgung, Flucht und Solidarität – diese sehr allgemeinen und daher blassen Wörter werden durch die Erlebnisse von Ilhami Akter

mit Leben gefüllt. Der Untertitel des Buches „Autobiographischer Bericht über ein fortdauerndes Schicksal der KurdInnen in der Türkei“ ist keine Hochstapelei. Akter gelingt es, die Leiderfahrungen der Kurden in den letzten 100 Jahren jedem Leser nahezubringen.

20 Seiten Farbfotos, hauptsächlich von der Heimat des Autors, ergänzen den Bericht und zeigen auch kurz Solidaritätsaktionen.

Als Deutscher mit einem üblichen Lebenslauf lernt man bei der Lektüre ganz nebenbei, wie viele Menschen, nicht nur aus der Türkei, in kurzer Zeit einen radikalen Kulturwandel erleben und damit fertig werden müssen. Ilhami Akter ist noch aufgewachsen in einer vorindustriellen Landwirtschaft mit der Muttersprache Kurdisch. Jetzt lebt er in der Großstadt Hamburg als Taxifahrer und die Großfamilie ist über die ganze Türkei und Westeuropa zerstreut. Dass Ilhami Akter an diesem zum großen Teil erzwungenen Lebensweg nicht zerbrochen ist, führt er auf die Solidarität zurück, die er von vielen Menschen erfuhr.

Und deshalb wirbt er in seinem Buch an vielen Stellen für die Solidarität, als Fundament für ein Leben in Würde.

Michael Strake

Schutz und Asyl für Deserteure und Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine

(Auszüge aus einer Pressemitteilung von Connection e.V. und PRO ASYL, 29.3.2022)

Deserteure aus der Russischen Föderation und Belarus

Nach derzeitigem Stand müssen geflüchtete Deserteure und Verweigerer aus der Russischen Föderation und Belarus ins Asylverfahren gehen – mit ungewissem Ausgang. Denn die Verfolgung wegen Kriegsdienstverweigerung und Desertion gilt in Deutschland ... nicht ohne weiteres als Asylgrund.

Der Angriff der Russischen Föderation auf die Ukraine ist ein völkerrechtswidriger Krieg, unterstützt durch Belarus. Und deshalb gilt für russische und belarussische Soldatinnen und Soldaten, die sich dem Einsatz im Militär und somit dem möglichen Kriegseinsatz in der Ukraine entzogen haben oder desertiert sind, Artikel 9 der Qualifikationsrichtlinie der Europäischen Union: Denjenigen Menschen wird flüchtlingsrechtlicher Schutz zugesagt, die sich völkerrechtswidrigen Handlungen oder Kriegen entziehen und deswegen Bestrafung fürchten müssen (Artikel 9 Abs. 2e).

Gerichte und Behörden stellen oft unerfüllbare Anforderungen

Doch die Erfahrung sieht anders aus: Bisherige Asylverfahren, die sich auf Artikel 9 Absatz 2 der Richtlinie bezogen, haben gezeigt, dass deutsche Behörden und Gerichte sehr hohe Beweisanforderungen stellen, die viele der Betroffenen nicht erfüllen können. Dann droht ihnen Ablehnung und Auslieferung an die Kriegsherren.

So fordern deutsche Behörden und Gerichte von den betroffenen Männern zum Beispiel Einsatzbefehle, die eine anstehende völkerrechtswidrige Handlung belegen – was in der Praxis aber schier unmöglich ist. Und auch das Recht, den Kriegsdienst zu verweigern, ist in beiden Ländern eingeschränkt.

Ausreiseverbot aus Ukraine widerspricht Menschenrechtskonvention

Auch in der Ukraine wird nur ein kleiner Teil der Kriegsdienstverweigerer anerkannt – zu ihnen zählen Mitglieder von kleinen Religionsgemeinschaften wie beispielsweise den Zeugen Jehovas. Wer nicht einer solchen Religionsgemeinschaft angehört, dem wird eine Anerkennung versagt. Auch Reservisten und Soldaten haben keine Möglichkeit der Antragstellung. Zudem widerspricht das derzeit geltende Ausreiseverbot für Männer zwischen 18 und 60 Jahren dem 4. Zusatzprotokoll der Europäischen Menschenrechtskonvention, wonach es jeder Person „freisteht, jedes Land einschließlich seines eigenen zu verlassen“.

Internet

DFG-VK Mainz: www.dfg-vk-mainz.de
DFG-VK Hessen: www.dfg-vk-hessen.de
DFG-VK Rheinland-Pfalz: www.dfg-vk-rlp.de
www.facebook.com/DFGVKRheinlandPfalzundHessen

DFG-VK bundesweit: www.dfg-vk.de
War Resisters' International: www.wri-irg.org

Beratung

für ausländische Kriegsdienstverweiger:innen, Kriegsdienstflüchtlinge und Deserteur:innen
Connection e.V.,
Von-Behring-Str. 110, 63075 Offenbach
Tel. 069 82 37 55 34, Fax 069 82 37 55 35,
office@Connection-eV.de
www.Connection-eV.de

Beratung für US-Militärangehörige

Military Counseling Network
Gi-cafe-germany@gmx.net

Radiosendung "Pazifissimus"

der DFG-VK Mainz-Wiesbaden, an jedem zweiten Mittwoch von 18 bis 19 Uhr (in ungeraden Kalenderwochen) im Rahmen des Programms von Radio Quer im

Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

Digitalradio: DAB+ Kanal 12C - im ersten und dritten Quartal,

übers Internet: www.radio-rheinwelle.de

Fest im Fest:

„Forum Frieden und Migration“ beim Rheinland-Pfalz-Tag

Musiker:innen aus Israel, der Türkei, den USA und Lateinamerika wie auch aus dem Rhein-Main-Gebiet rollen auf der Forum-Bühne mit Folk-, Pop- und Jazzklängen den Teppich aus für die friedens- und migrationspolitischen Gruppen des Forums, darunter auch die DFG-VK, und ihre thematischen Beiträge.

Mit seinen Informationszelten und einem leckeren kulinarischen Angebot wird das „Forum Frieden und Migration“ so zu einem kleinen transnationalen Volksfest für sich.

Freitag bis Sonntag, 20.-22. Mai 2022

im Abschnitt „Rheinland-Pfalz solidarisch“ in der Flachmarktstraße in Mainz

Nähere Informationen: www.dfg-vk-rlp.de

Die Links zu den Artikeln gibt es auch unter
www.dfg-vk-mainz.de/links/fl166

Deutsche Friedensgesellschaft - Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Sektion der War Resisters' International (WRI)

Kontaktadressen & regelmäßige Termine der DFG-VK im Bereich der Landesverbände Hessen und Rheinland-Pfalz

Landesverband Hessen, Landesverband Rheinland-Pfalz & DFG-VK Bildungswerk Hessen e.V.:

Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69 43 14 40

www.dfg-vk-hessen.de, dfgvkessen@t-online.de

Ahr-Rhein-Eifel: c/o Wolfgang Huste (Antiquariat Huste),
Telegrafstraße 16, 53474 Bad Neuenahr-Ahrweiler.

Tel. 0 26 41 8 29 05 28, whuste@aol.com

Aschaffenburg: (das liegt zwar in Bayern, zählt aber DFG-VK-mäßig zu Hessen) c/o Gunnar Schedel (Alibri Verlag),
Hangstr. 3, 63768 Hösbach.

Tel.: 0 60 21 626 25 60, verlag@alibri.de

Bad Kreuznach: c/o Jürgen Locher, Sigismundstr. 12,
55543 Bad Kreuznach. juergenlocher@superkabel.de,
Tel. 06 71 628 78

Darmstadt: c/o Michael Bauer, Gerhart-Hauptmann-Str.

47, 64291 Darmstadt. DFGVKDarmstadt@aol.com,

www.dfg-vk-darmstadt.de

Gruppentreffen: dienstags 20.00 Uhr,

Bessunger Knabenschule, Ludwigshöhstr. 42

Frankfurt: Mühlgasse 13, 60486 Frankfurt.

Tel. 0 69 498 03 94, dfgvkffm@t-online.de

Pazifistischer Ratschlag: unregelmäßig ca. einmal im Monat. Genauen Termin bitte erfragen. Kriegsdienstverweigerungsberatung nach Vereinbarung

Friedberg: c/o Bernd Baier, Vorstadt zum Garten 4,
61169 Friedberg. dfgvk-friedberg@web.de

Kassel: Annenstr. 11, 34119 Kassel.

Tel. 05 61 89 30 27, kassel@dfg-vk.de

Lahn-Dill: c/o Martin Otto, Frankenstr. 77, 35578 Wetzlar.

Tel. 0 64 41254 62, mo-wz@gaaa.org

Mainz-Wiesbaden: c/o Bürogemeinschaft,

Walpodenstraße 10, 55116 Mainz.

Gruppentreffen: 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat,

19.30 h, dfgvkmz@web.de, www.dfg-vk-mainz.de

Radiosendung: Pazifissimus - Mittwochs in ungeraden

Kalenderwochen 18 bis 19 Uhr im Wiesbadener Lokalradio auf 92,5 MHz.

Marburg: c/o Adrián Villa, Aulgasse 4, 35037 Marburg.

Tel. 01 74 730 48 79, marburg@dfg-vk.de

Offenbach: c/o Franz Nadler, Riethgasse 4, 63075 Offenbach.

Tel. + Fax: 0 69 81 51 28,

office@Connection-eV.de

Pfalz: c/o Bettina Seckler, Künstlerkolonie 10,

67471 Elmstein. Tel. 0 63 28 98 99 07,

dfg-vk-mittelpfalz@gmx.de

Trier: c/o Friedens- & Umweltzentrum, Pflützenstr.1,

54290 Trier. Tel. 06 51 9 94 10 17, buero@agf-trier.de

Westpfalz: klawir@web.de

Wiesbaden: siehe Gruppe Mainz-Wiesbaden

Solidarität mit den Gefangenen für den Frieden!

Zum Internationalen Tag der Gefangenen für den Frieden am 1. Dezember bittet die War Resisters' International (WRI, Internationale der Kriegsdienstgegner:innen) alljährlich seit 1956 um Solidarität mit Menschen, die weltweit wegen ihrer Kriegsdienstverweigerung oder ihres Engagements für Frieden inhaftiert sind.

Ihre Namen und Gefängnisadressen werden in der Liste der Gefangenen für den Frieden veröffentlicht, die ständig aktualisiert wird: www.wri-irg.org

Die WRI ruft dazu auf, den Gefangenen Kartengrüße als Zeichen der Solidarität und der Er-

mutigung in die Haft zu schicken. Selbst wenn die Karten die Adressat:innen nicht erreichen sollten, machen sie deutlich, dass die Gefangenen nicht vergessen sind, was sich auf die Haftbedingungen günstig auswirken kann.

Wir schreiben und verschicken die Karten mit netten Leuten, mit Live-Musik, Filmen und Bildern, Speis und Trank am

Freitag, 9. Dezember 2022, 19 Uhr,

in HerrBerts Kulturscheune,

Untergasse 10, Zornheim bei Mainz.

Erreichbar mit den Mainzer Stadtbuslinien 66 und 67.

Steig aus! Уходи!

Information für Kriegsdienstpflichtige und unzufriedene Soldaten aus Russland, Belarus und der Ukraine

Информация для призывников и недовольных солдат России / Беларуси / Украины

Connection e.V hat für Russland, Belarus und der Ukraine jeweils ein Grundlageninfo für Kriegsdienstverweigerung und Desertion zusammengestellt.

Erstanlaufstelle in russischer Sprache:

ubirajtes@gmx.de, Tel. 0049 157 824 702 51

<https://de.connection-ev.org/get.out.2022>

Deutsche Friedensgesellschaft — Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen

Gruppe Mainz-Wiesbaden



c/o Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, 55116 Mainz
Treffen am 1. Montag und 3. Donnerstag im Monat 19:30 Uhr

Konto 4 006 161 741, GLS-Bank, BLZ 430 609 67

IBAN: DE05 4306 0967 4006 1617 41, BIC: GENODEM1GLS

dfgvkmz@web.de

www.dfg-vk-mainz.de

Informationen der DFG-VK sind oft erhältlich im Cardabela-Buchladen,
Frauenlobstr. 40, Mainz

ViSDP: H. Gewehr, DFG-VK, Bürogemeinschaft, Walpodenstraße 10, Mainz - April 2022